

Kriegs- und Pandemiefolgen prägen DGB-Maifest

Wie gefährlich ein Energieembargo für die Firmen in der Region wäre, schilderte einer der Redner bei der Veranstaltung auf dem Gigelberg

BIBERACH (gem) - Die Auswirkungen des Ukrainekriegs sowie die Folgen der Corona-Pandemie prägten die Reden beim Maifest des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) auf dem Biberacher Gigelberg. Mehrfach wurde dabei vor den Folgen eines Energie-Embargos für hiesige Firmen gewarnt.

Nach zwei Jahren Corona-Pause war wieder ein DGB-Maifest vor der alten Stadtbierhalle möglich. Weil das Wetter schön war, konnten Rede- und Musikbeiträge unter freiem Himmel stattfinden, auch verschiedene Infostände waren vor der Halle aufgebaut. DGB-Kreisvorsitzender Herbert Kasperek nannte in seiner Begrüßung zwei Forderungen: So solle endlich das Tariftrueugesetz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gelten. „Es kann nicht sein, dass weiterhin Firmen, die Dumpingpreise anbieten, mit öffentlichen Aufträgen belohnt werden.“ Des Weiteren machte sich Kasperek für eine Vermögensabgabe stark: „Es ist an der Zeit, dass die zehn Prozent, die über 65 Prozent des Vermögens verfügen, ihren gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommen. Wer's hat, soll auch zahlen.“

Landrat Heiko Schmid war zum letzten Mal in dieser Funktion beim DGB-Maifest zu Gast. Zwei Punkte, die er an seinen Nachfolger übergeben werde, erwähnte er ausführlich. So sei das Thema Mobilität eine der großen Herausforderungen. „Das Neun-Euro-Ticket im Sommer kommt eher den Städten zu Gute.“ Für den Landkreis brauche es ein

größeres Mobilitätskonzept, das bereits vorliege. „Das kostet uns zwar 17 Millionen Euro, aber wir müssen da in Vorleistung gehen“, so Schmid. Sein zweiter Punkt war der Klimawandel und die notwendige Energiewende. Letztere treibe viele Menschen nun auch wegen des Ukrainekriegs um. „Wir könnten im Landkreis relativ schnell energieautark sein“, so Schmid und verwies vor allem auf das riesige Potenzial für Photovoltaikanlagen auf den Dächern im Landkreis. „Würden wir das alles nutzen, hätten wir weniger Konflikte wegen PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen“, so Schmid.

Der Ukrainekrieg macht auch Josef Weber Sorgen. Der Grünen-Stadtrat sprach in Vertretung von Oberbürgermeister Norbert Zeidler.

„Meine Eltern haben alles dafür getan, dass keiner ihrer Söhne eine Waffe in die Hand nimmt. Wir haben damals gegen die Aufrüstung demonstriert. Und jetzt sollen wir all diese Werte über den Haufen werfen?“, so Weber.

Bertram von Wächter, Betriebsratsvorsitzender bei Liebherr Components (COB) in Biberach, sagte, dass die Auftragsbücher in seinem Unternehmen voll seien. Das wisse er auch aus anderen Biberacher Firmen. Angesichts unterbrochener Lieferketten sei die Frage, in welcher Zeit die Aufträge abgearbeitet werden können. Die Energieversorgung sei auch für Liebherr ein großes Thema, sagte von Wächter. So habe die Liebherr COB zusammen mit der Liebherr Werk Biberach bereits Pho-

tovoltaikanlagen installiert. Das reiche aber bei Weitem nicht aus. „Wenn das Gas abgestellt wird, wird das innerhalb von Tagen zu einem Problem“, sagte der Betriebsratsvorsitzende.

Es sei gut, dass Politik und Wirtschaft sich Gedanken machen, wie man sich energie-technisch unabhängiger machen könne, „aber das wird Zeit brauchen“, so von Wächter. An die Politik richtete er die Forderung,

Energiequellen wieder in die öffentliche Hand zu nehmen.

Um die Situation in den Bereichen Bildung und Erziehung ging es in den Reden von Heidrun Drews (GEW Südwürttemberg) und Antje Trosien (DGB Ulm). Die Pandemie sei an den Schulen noch nicht ausgestanden, meinte Drews. Mit Blick auf das Hin und Her bei Unterricht und digitaler Ausstattung während der Pandemie meinte sie: „Wir haben da als Land Baden-Württemberg versagt.“

Viele Lehrkräfte seien inzwischen überlastet oder sogar ausgebrannt, weil sie sich bemüht hätten, in der Pandemie allen Situationen und Herausforderungen irgendwie gerecht zu werden. Grundproblem sei der Lehrermangel. Es brauche mehr Stu-

dienplätze, ebenso müsse die Praxis enden, dass ein Teil der Lehrkräfte regelmäßig vor den Sommerferien entlassen und dann befristet wieder eingestellt werde – und das zum Teil über Jahre. Antje Trosien ging auf den aktuellen Tarifkonflikt im Erziehungs-

bereich ein, bei dem in dieser Woche weitere Streikaktionen geplant sind. Die Arbeitgeberseite halte sich mit einem vernünftigen Angebot bislang zurück. „Klatschen alleine hilft nicht“, sagte Trosien mit Blick auf den Beginn der Pande-

mie. Auch im Erziehungsbereich müssten die Personalschlüssel erhöht, Maßnahmen gegen Fachkräftemangel getroffen und für eine finanzielle Anerkennung gesorgt werden.

Beim Maifest stellte sich auch Hermine Burger als neue katholische Betriebsseelsorgerin der Diözese vor, die für den Bereich Biberach zuständig ist. Sie stammt gebürtig aus Heudorf/Bussen, hat nach der Schule eine Ausbildung zur Krankenschwester gemacht und war später als Gemeindereferentin und auch in der Entwicklungshilfe in Angola tätig. Menschen, die in der Pflege arbeiten seien ihr ein besonderes Anliegen. „Man kann sich aber immer an mich wenden, wenn man Probleme rund um die Arbeit oder den Arbeitsplatz hat“, sagte Burger.

„Es kann nicht sein, dass weiterhin Firmen, die Dumpingpreise anbieten, mit öffentlichen Aufträgen belohnt werden.“

DGB-Kreisvorsitzender
Herbert Kasperek



Sie sprachen beim DGB-Maifest auf dem Gigelberg (von links): Landrat Heiko Schmid, Heidrun Drews, Josef Weber, Antje Trosien, Herbert Kasperek, Hermine Burger und Bertram von Wächter.

FOTO: GERD MÄGERLE